

Atomkraft



Die Proteste gegen den Transport von 12 Castoren ins Wendland wurden von der Tötung eines französischen Aktivisten überschattet

Seite 2

Szene



Gegen die geplante Besetzung der Politikstelle im Bahnhof Langendreer regt sich Widerstand der politischen NutzerInnen

Seite 3

Geschichte



Dass die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkriegs Deutsche waren, behauptete Jörg Friedrich am 4. November in Bochum

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Verhandlungen vor dem BVerfG Bald Studiengebühren?

Am 09. November fanden sich die BildungspolitikerInnen aus Bund und Ländern vorm Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe ein. Es ging vornehmlich um die Frage, ob der Bund mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) Studiengebühren für das Erststudium verbieten kann.

Zur Zeit verbietet das HRG die Erhebung von Studiengebühren im Erststudium sowie in konsekutiven Master-Studiengängen. Bundesjustizministerin Zypries geht allerdings davon aus, dass die Klage der unionsgeführten Länder Erfolg haben wird und somit künftig die Länder die Frage, ob und in welcher Höhe Studiengebühren erhoben werden, regeln.

Union dafür, SPD-Länder ohne Meinung

Die unionsgeführten Bundesländer klagen zurzeit gegen dieses Studiengebührenverbot. Auf Seiten der Sozis nahm lediglich Bundes-

bildungsministerin Bulmahn Stellung. Die VertreterInnen der unionsgeführten Länder monieren, dass die Hochschulen nicht wettbewerbsfähig seien. Die „Wettbewerbsfähigkeit“ könne und sollte mit der Erhebung von Studiengebühren gesteigert werden. Außerdem könnten Studiengebühren sozial verträglich ausgestaltet sein. Wie dies aussehen soll, lassen die klagenden Länder allerdings offen. Die SPD-geführten Länder nutzten ihre Möglichkeit nicht, sich im Rahmen der aktuellen Debatte gegen Studiengebühren zu positionieren. Diverse Äußerungen von VertreterInnen von Rot-Grün lassen erahnen warum. Die Unionsländer sollen die Gebühren einführen und aus „Wettbewerbsgründen“ könnten die SPD Länder dann auch nicht anders. RUB-Rektorat: „Wir würden die Gebühren nehmen, wenn das Land sich im Gegenzug nicht aus der Hochschulfinanzierung zurückzieht“. So der O-Ton von Prorektor

Weiler. Aber genau dies – der Rückzug des Landes aus der Hochschulfinanzierung – geschieht in NRW mit der Einführung des Globalhaushaltes. Es drohen Kürzungen von bis zu 6% an der RUB. Auch der bayerische Wissenschaftsminister Zehetmair äußerte sich gegenüber den HochschulrektorInnen, er könne nicht versprechen, dass sich das Land im Gegenzug nicht entsprechend der Höhe der Studiengebühren aus der Hochschulfinanzierung zurückzieht. Und auch die Äußerung des Prorektors der RUB lässt wohl kaum darauf schließen, dass die Uni auf die Einziehung von Studiengebühren verzichten würde, falls das Land kürzt. Aber das Land kürzt, und das so massiv, dass die Hochschulen kaum eine andere Möglichkeit haben, als sich über Gebühren teilzufinanzieren. De facto verschiebt sich die Aufgabe der Bildungsfinanzierung auf die einzelnen Individuen. Der Geldbeutel der Einzelnen soll also entscheiden, ob und wie viel Bildung ihnen zusteht.

Studiengebühren sind gerecht?

Es wird immer wieder behauptet, dass die Hochschulfinanzierung aus Studiengebühren gerechter sei als die bisherige Finanzierung. Immer wieder wird behauptet, dass die AbsolventInnen der Hochschulen sich ihre Ausbildung über die Steuern der „kleinen Leute“ finanzieren lassen. Diese Argumentation ist aber nur zulässig, wenn wir Bildung nicht mehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen, zu der jedeR unabhängig von seinem/ihrer Geldbeutel Zugang haben soll. Im Übrigen gilt die gleiche Argumentation nicht, wenn es um Subventionen für Unternehmen geht. Diese werden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und problemlos aus dem Steueraufkommen finanziert. Außerdem sind es die gleichen Köpfe, die nun mit ihrem wenig überzeugenden Interesse für die „kleinen Leute“ für die Wiedereinführung von Studiengebühren werben, die in den letzten Jahren dafür gesorgt haben, dass sich die öffentliche Hand heute verstärkt aus den unteren Einkommen speist.

Es geht auch anders

Nicht nur im Bildungsbereich, sondern nahezu in allen sozialen Bereichen zieht sich der Staat zurück. Ob Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Bildung – all diese Bereiche sollen nicht mehr solidarisch getragene Bereiche sein, sondern in die Hände und Verantwortung der Einzelnen gelegt werden. So wird die gesellschaftliche Ungleichheit als jeweils individuelle Angelegenheit festgeschrieben und dabei völlig ausgeblendet, dass sozio-ökonomische Ungleichheit ein strukturelles Problem dieser Gesellschaft ist. Merkwürdigerweise scheint niemand ein Problem damit zu haben, dass Autobahnanschlüsse für Großunternehmen und Endlager für Atommüll solidarisch steuerfinanziert werden. Warum regt sich niemand auf, dass die oberen 10% über 50% des Vermögens verfügen? Eine andere Welt ist möglich – und wir wissen das auch.

Gegen den rassistischen Normalzustand Deutscher Alltag

Rassismus gehört in der BRD, egal ob in der Politik oder auf der Strasse, immer noch zum Alltag. In jüngster Vergangenheit äußerte sich das in dem vergangen Urteil für zwei Beamte des Bundesgrenzschutzes, die den Tod eines Abschiebehäftlings zu verantworten hatten, dem rassistischen Übergriff in Bochum Langendreer, bei dem vor kurzem ein Mann von rechten Jugendlichen auf offener Strasse beschimpft und zusammenge schlagen wurde, oder als am Unicenter ein Hund auf eine schwangere Migrantin gehetzt wurde.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein Engagement in diesem Bereich weiterhin wichtig ist, wie zum Beispiel bei den jährlichen Demonstrationen gegen die Abschiebeknäste in Neuss und Büren, und dass an einer Sensibilisierung der Menschen für diese Thematik gearbeitet werden muss.

Frauenabschiebeknast in Neuss

Konkret möchten wir auf den Frauenabschiebeknast in Neuss verweisen, wo sich seit 1993 das bundesweit einzige, reine Frauen-Gefängnis dieser Art befindet. In dem von der SPD-Landes-

regierung eingeführten Knast sind momentan 60 bis 80 Frauen eingesperrt, darunter immer wieder auch Schwangere und Minderjährige.

Flucht

In Neuss werden Frauen inhaftiert, deren einziges „Verbrechen“ ist, dass sie die Kraft und den Mut aufgebracht haben, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihre Menschenrechte zu wehren. Sie fliehen vor politischer Verfolgung, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und Berufsverbot, vor Hunger und Not. Auch ist es skandalös, dass die Bundesrepublik Flüchtlinge abschiebt, denen aufgrund ihrer Homosexualität in ihrem Heimatland die Todesstrafe droht. Die Frauen sind auf der Suche nach persönlicher, politischer und ökonomischer Sicherheit. Die Erwartungen, an elementaren Grundrechten teilhaben zu können und einen Mindeststandard an materieller Versorgung zu erhalten, erfüllen sich für sie jedoch in der Regel nicht.

Illegalisierung

Aufgrund der immer schärfer werdenden Asyl- und Einwanderungspraxis der BRD bzw. Europas bleibt den Frauen oft nur die Wahl zwischen Abschiebung, Ehe oder Illegalität. Die Frauen, die sich für ein Leben in der

Illegalität entscheiden, werden oft Opfer von Ausbeutung, Misshandlung und Erniedrigung. Hinzu kommt, dass sie in der permanenten Angst leben, aufgefunden und abgeschoben zu werden. So wurde die Mehrheit der Frauen, die in Neuss eingesperrt sind, bei Razzien in Bordellen festgenommen.

Knast

Ein Leben im Abschiebeknast bedeutet für die Insassinnen, bis zu 18 Monaten hinter hohen Mauern und Sicherheitsdraht eingesperrt zu sein. Sie sind von bewaffneten Sicherheitsbeamten bewacht, haben keine gute medizinische Versorgung, kleine Zellen, wenig Hofgang, kaum Telefonmöglichkeiten usw. Die Frauen bekommen meist keine Informationen über ihr Verfahren, über die Gründe ihrer Inhaftierung oder ihre Rechte und haben somit keinerlei Möglichkeit, die Dauer ihrer Haft abzuheben.

Sexistischer und rassistischer Normalzustand

Der Frauenabschiebeknast ist nicht nur ein Symbol für die Einwanderungspolitik der

Fortsetzung auf Seite 2

:minder in kürze Studienkonten vor Gericht

Am 11. November befasse sich das Verwaltungsgericht Minden mit dem „Studienkonten und Finanzierungsge setz“. Die Frage, ob Studiengebühren alleine wegen des Alters zulässig sind (Seniorenstudiengebühren) bejahte das Gericht. Auch die Regelungen bezüglich der Bonussemester für Gremientätigkeit hielt das Gericht für ausreichend. Derzeit können maximal 3 Bonussemester beantragt werden, für Fachschaftsarbeit gibt es keine. Ebenso musste das Gericht die Frage überprüfen in wie weit die Einkommensfreibeträge hinsichtlich der Härtefallregelung analog BAFOG ausreichend sind. In diesem Fall wurden dem SKFG richterlich ein „ungenügend geregelt“ beschieden. In allen Fällen ist Revision zugelassen, die Urteile sind also nicht rechtskräftig.

Wahl zum Migrationsausschuss

Es wird wieder etwas gewählt, nur wählen dieses Mal die, die sonst nicht bei allen Wahlen teilnehmen dürfen: 24.000 in Bochum lebende AusländerInnen bestimmen am Sonntag, den 21. November, insgesamt zehn VertreterInnen für den „Ausschuss für Migrations- und Integrationsangelegenheiten“. Dieser besteht neben den zehn zu Wählenden aus elf Mitgliedern des Rates der Stadt Bochum, von denen eines den Vorsitz führt.

Der Migrationsausschuss tritt an die Stelle des alten Ausländerbeirats und soll nicht nur mehr Befugnisse als dieser haben, sondern auch über einen eigenen Etat verfügen. Zwei Einzelbewerber und zwölf Wahllisten (darunter sogar eine CDU-nahe) stehen zur Wahl. Ob sich dadurch in migrationspolitischen Fragestellungen mehr bewirken lässt, bleibt abzuwarten – von einem Wahlkampf war in der Stadt bisher allerdings nichts zu bemerken.

Streiknachwehen bei Opel

Opel beharrt weiterhin auf Kündigung zweier Mitarbeiter, denen vorgeworfen wird, während des Streiks arbeitswillige Kollegen bedroht zu haben. Obwohl der gesamte Betriebsrat die Kündigungen einstimmig abgelehnt hatte, geht die Geschäftsleitung jetzt vor das Arbeitsgericht, um die Kündigungen zu erwirken.

Pikanterweise gilt einer Betroffenen, ein Betriebsrats-Mitglied, der Firma schon länger als Dorn im Auge, das – so wird zumindest vermutet – nun auf elegante Art abgescho-ben werden soll.



Dokumentation

Clement bedroht Unabhängigkeit der Justiz und ernennt Ehrendoktorwürde durch die juristische Fakultät der RUB

Zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, „beehren“ sich die Sprecher der Bürgerinitiative Bochum gegen die DÜBoDo, Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt und Eckhard Stratmann-Mertens, zu erklären:

Zur Begründung für die juristische Ehrung des Wirtschaftsministers führt der Dekan der Bochumer Jura-Fakultät an, dass sich Clement, als Mittler zwischen den Anliegen der Rechtswissenschaften und den Bedingungen der Rechtspraxis in einer komplexen Wirtschaftswelt erwiesen habe

1. Zu diesen Verdiensten gehört sicherlich auch die Zusammenlegung des Justiz- und Innenministeriums in NRW unter dem damaligen Ministerpräsidenten Clement im Jahre 1998, die Anfang 1999 vom Landesverfassungsgericht NRW in Münster kassiert wurde. Begründung: Clement habe mit der ‚gewachsenen Tradition eines eigenständigen Justizministeriums‘ gebrochen. (Az: VerfGH 11/98; Frankfurter Rundschau 10.2.1999) Nach Auffassung von vielen bedrohte Clement durch seinen Coup das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz.

2. Zu Clements Verdiensten um das Justizwesen gehört sicherlich auch die anschließende Ernennung seines Freundes Reinhard Rauball zum Justizminister; dieser musste baldigst zurücktreten, da er eine hochlukrative Nebentätigkeit nicht hatte genehmigen lassen. Clement zu diesem neuerlichen Vorgang: ‚Er selbst habe mit der Ernennung Rauballs dem Ansehen der Justiz ‚keinen Dienst erwiesen‘ (FR 10.3.1999).

3. Zu dem angeblich ehrwürdigen Engagement Clements ‚für den wirtschaftlichen Strukturwandel im Ruhrgebiet‘ gehören auch der Einsatz Clements für den Strukturkonservatismus milliardenschwerer Steinkohlesubventionen sowie die Vergeudung von zig Millionen Euro an Planungsgeldern für den gescheiterten Metrorapid anstelle einer effizienten Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs im Ruhrgebiet.

Es ist schon ein Fanal in der Pflege der deutschen Rechtstradition und für die Ausbildung künftiger Juristinnen, wenn gerade die juristische Fakultät einer deutschen Universität einen Politiker mit der Ehrendoktorwürde auszeichnet, der sich durch die Missachtung der Justiz weithin einen Namen gemacht hat.

Castoren im Wendland Wandelt Wut und Trauer in Widerstand

Der Protest wird auf eine andere Weise weitergehen als ursprünglich geplant“, so die BürgerInneninitiative (BI) X-tausendmal quer in einer ersten Erklärung, als bekannt wurde, dass ein französischer Anti-Atomkraft-Aktivist am 7. November 2004 in lothringischen Avricourt vom Castorzug erfasst und getötet wurde.

An den jährlichen Castortransporten, sei es ins niedersächsische Gorleben oder ins westfälische Ahaus, zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit der Atompolitik. Privatwirtschaftlich organisiert verdienen einzelne Energiekonzerne am Atomstrom, die Risiken aber trägt der Staat und seine Bevölkerung. Einerseits kann es im laufenden Betrieb immer wieder zu Störungen kommen – erst letzte Woche gab es Meldungen, dass aus dem hessischen Atomkraftwerk Biblis aufgrund eines Rechenfehlers eine zu hohe Menge an radioaktiver Strahlung mit dem Kühlwasser in den Rhein geleitet wurde. Andererseits gibt es Probleme bei der Lagerung und dem Transport von Atom-müll quer über den Globus.

Da fällt es auch wenig ins Gewicht, wenn die Ladung falsch ausgewiesen wird, wie beim diesjährigen Transport ins Zwischenlager bei Gorleben. Die zu 100% aus hochradioaktivem Atom-müll bestehenden Glaskokillen waren als abgebrannte Brennelemente deklariert, die „nur“ ca. 5% der Radioaktivität von Glaskokillen enthalten. Aber wir brauchen Strom, wir wollen ihn und dies noch möglichst billig. Woher er kommt und mit welchen Risiken er verbunden ist, wird gerne ignoriert.



Nur ein tragischer Unfall?

Sébastien Briat ist einer von denen gewesen, die diese Widersprüchlichkeiten nicht ignorieren wollte. Und wie viele andere hatte auch er überlegt, wie er seinem Widerstand Ausdruck verleihen kann. Zusammen mit drei anderen GenossInnen wählte er das Mittel einer Gleisblockade, eine Aktion, die in der Vergangenheit schon vielfach angewandt wurde und sich mittlerweile als Protestmittel durchgesetzt hat. „Auch wenn dieses Drama es so erscheinen lässt, war unsere Tat keinesfalls unverantwortlich bzw. ein Akt der Verzweiflung. Unser Engagement ist das Ergebnis tiefster Überzeugung reeller und bestehender Gefahren, welche die Atomkraft schon viel zu lange darstellt. Diese Aktion war gemeinsam genauestens vorbereitet: genaue Ortskenntnisse und die Berücksichtigung eines Notfallplans“, so die Gruppe in einer am vergangenen Wochenende auf Telepolis veröffentlichten Erklärung. Erschre-

Fortsetzung von Seite 1

Deutscher Alltag

Bundesrepublik, die nur noch den für den Kapitalismus verwertbaren Menschen die Einreise in die Festung Europa gestattet. Er ist auch gleichzeitig ein Symbol einer Einwanderungspolitik, die geschlechtsspezifische Flucht- und Migrationsgründe nicht anerkennt.

**Demonstration am
27. November in Neuss**

Deswegen bieten wir eine Veranstaltung an, um über die Abschiebepolitik in der BRD und explizit über die Situation im Frauenabschiebeknast in Neuss zu informieren, um deutlich zu machen, warum ein Protest gerechtfertigt ist. Die Veranstaltung findet am 23. November 2004 um 19.30 Uhr im Kulturcafé statt.

Außerdem rufen wir zur Teilnahme an der Demonstration am 27. November gegen den Abschiebeknast in Neuss auf, die anlässlich des ‚Internationalen Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen‘ stattfindet. Treffpunkt ist um 14 Uhr vor dem Bahnhof in Neuss. Treffpunkt für eine gemeinsame Anreise aus Bochum ist um 12.50 Uhr auf Gleis 3 (Regionalexpress Richtung Düsseldorf). Der Zug kommt aus Dortmund (Abfahrt: 12.45 Uhr) und fährt über Essen (Abfahrt: 13.09 Uhr).

**Anne Kunz
ASTA-Referat für Grund-
und Freiheitsrechte**

ckend dagegen die Vorbereitung und der Umgang der französischen Behörden: Bei den Sicherheitskontrollen entlang der Strecke wurde die im Wald wartende Gruppe nicht bemerkt.

Der Hubschrauber, der normalerweise dem Transport vorausfliegt, hatte zum „Tanken“ abgedreht. Und mit Blockaden war zu rechnen. Bereits drei Stunden vorher kam der Transport aufgrund einer Gleisblockade bei Nancy ins Stocken. Insofern bleibt es auch unverständlich, dass der Castorzug „freie Fahrt“ erhalten hatte und seine Fracht mit einer Geschwindigkeit von 100 km/h transportierte. Geklärt ist mittlerweile,

dass keine Person der Gruppe mehr angeklammert war und Sébastien wohl vom Luftwirbel des heranrasenden Zuges erfasst und unter den Zug gesogen wurde. Dass der Zug nach nur knapp drei Stunden seine Fahrt fortsetzte, wirft „ein bezeichnendes Licht auf die Kaltschnäuzigkeit derer, die das zu verantworten haben.“, wie es die taz sehr treffend ausdrückte.

Protest im Zeichen der Trauer

Die Nachricht vom Tod ist für viele ein Schock gewesen. „Die Atomkraft hat gestern auf den Schienen getötet“, hieß am darauf folgenden Montag in der französischen Tageszeitung Libé-

ration. In über 30 Städten im Bundesgebiet gingen am Sonntagabend die Menschen auf die Straße, um ihrer Trauer und Bestürzung Ausdruck zu verleihen.

Im Wendland fanden Trauergottesdienste und Kundgebungen statt, nach einem angemessenen Umgang mit der veränderten Situation wurde gesucht. Der Widerstand sollte aber weitergehen: „Der Charakter unserer Sitzblockade auf der Straßenstrecke wird den traurigen Umständen angemessen sein. Wir tragen so unsere Trauer auf die Straße“, so Marianne Koch von der BI einen Tag nach dem Todesfall. In Langendorf an der Nordroute und in Groß-Gusborn an der Südroute wurde in entschlossenen, aber auch nachdenklichen Sitzblockaden eine angemessene Form des Umgangs mit dem Unglücksfall gefunden. Hinsichtlich des Polizeiverhaltens äußerten sich die AtomkraftgegnerInnen enttäuscht: „Wir mussten am eigenen Leib erfahren, dass die Ankündigungen von Deeskalation leider nicht viel wert waren,“ sagte Boris Kruse von der BI. In Gusborn sei die Blockade mit teilweise roher Gewalt aufgelöst worden. Nach dem Ende der dortigen Blockade seien ohne Grund und Ankündigung ein 12jähriges Kind und ein 15jähriger Jugendlicher mit Schlagstöcken traktiert und gefesselt worden.

Fred Tönnies

Stellen-Ausschreibung FSVK-bsz-RedakteurIn

Die Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung bsz ist die älteste regelmäßig erscheinende Studierendenzzeitung Deutschlands. Herausgegeben wird sie von der Studierendenschaft der RUB. Die Redaktion wird teilweise durch die FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) besetzt.

Aufgabe der von der FSVK gewählten Redaktionsmitglieder ist neben der eigenen Schwerpunktsetzung und der Mitarbeit innerhalb der Redaktion die Berichterstattung über die Aktionen und Probleme der Fachschaften bzw. der FSVK. Die regelmäßige Teilnahme an den FSVK-Sitzungen ist daher obligatorisch. Außerdem sind die FSVK-Redaktionsmitglieder durch das imperative Mandat an Entscheidungen der FSVK gebunden. Die Amtszeit ist grundsätzlich unbeschränkt. Sie endet auf eigenen Wunsch oder durch Beschluss der FSVK.

Wer kandidieren möchte, benötigt eine formlose Bewerbung und die Nominierung einer Fachschaft. Journalistische Erfahrung ist von Vorteil, aber keine Bedingung. Schriftproben werden von aufmerksamen Fachschaften gerne gelesen.

Euch bewerben bzw. Bewerbungen abgeben könnt Ihr bis zum 29. November 2004 im ASTA-Sekretariat (Studierendenhaus), bei den FSVK-Sprechern (SH 004) oder spätestens am selben Tag um 18 Uhr vor der FSVK-Sitzung.

**29. November:
Vorstellung der KandidatInnen**

18 c.t. im StudentInnenhaus - SH 004.

Bei Fragen wendet Euch vertrauensvoll an die FSVK-Sprecher Dirk, André oder Martin. Sie sind erreichbar unter 0234 / 32 - 23876 oder per eMail unter fsvk-sprecher@ruhr-uni-bochum.de und natürlich bei jedem FSVK-Treffen.



Konferenz anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Marie-Jahoda-Gastprofessur Globalisierung und Gender

Es scheint so, als sei die geschlechtliche Gleichstellung zumindest öffentlich ein allgemein anerkanntes Ziel, das es zu verfolgen gilt und das sogar schon vielfach erreicht wurde. So gibt es z.B. an den Unis Frauenförderpläne, die sicherstellen sollen, dass Gleichstellung auch an den Fakultäten verankert wird; es gibt diverse Initiativen, die den Frauenanteil in den Naturwissenschaften erhöhen wollen und Gleichstellung wird als Faktor in die Mittelvergabe einbezogen.

Auf europäischer Ebene ist das Gender Mainstreaming – also die Verankerung von Gleichstellungsinstrumenten in sämtliche Konzepte und Maßnahmen – als Prinzip institutionalisiert und auf globaler Ebene existieren UN-Konventionen zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Das traditionelle Familienideal wird von den jüngeren Generationen nur noch wenig verfolgt, vielmehr entscheidet auch die individuelle Lebenssituation über die Wahl der Beziehungs- und Familienformen.

Doch zum einen hat sich eine konsequent egalitäre Haltung noch längst nicht völlig in den tatsächlichen Alltagspraktiken durchgesetzt, was sich vor allem daran zeigt, dass Frauen noch immer den größten Teil der Haus- und Familienarbeit tragen. Und zum anderen werden Gleichstellungsbestrebungen im Zuge von Modernisierungsprozessen auch unterlaufen.

Around the World

Diese komplexen und auch widersprüchlichen Prozesse und ihre Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen thematisiert die Konferenz „Geschlechtergrenzen in Bewegung: Gleichheit, Reziprozität und Solidarität“, die am 24. und 25. November in Bochum stattfinden wird. Die Thematisierung geschieht zudem aus einer internationalen Perspektive, was gleichzeitig auch auf die Veranstalterin – die Marie-Jahoda-Gastprofessur an der Ruhr-Uni – verweist. Diese verfolgt seit nunmehr zehn Jahren die Internationalisierung der Geschlechterforschung, weswegen sie mittlerweile bei Gender-ForscherInnen im Ausland einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erzielt hat. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass die Konferenz mit einem Programm international bekannter GeschlechterforscherInnen aufwartet. So werden u.a. ehemalige Gastprofessorinnen und -professoren aus den USA, Australien, Russland, Japan, Frankreich und Schweden, wie Heidi Gottfried, Robert Connell, Elena Zdravomyslova, Mari Osawa, Mirjana Morokvasic und Agneta Stark zu Gast sein.

Die Konferenz soll aber kein reines ProfessorInnen-Meeting werden. Es wird viel Wert darauf gelegt, dass auch das Interesse von NachwuchswissenschaftlerInnen und StudentInnen geweckt wird. So betont Charlotte Ullrich, Koordinatorin der Marie-Jahoda-Gastprofessur und Dozentin: „Es sollen ausdrücklich auch Studierende angesprochen werden. Eine thematisch so breit gefächerte internationale Konferenz bietet eine sehr gute Gelegenheit, die eigenen Studieninteressen auszuweiten oder überhaupt erst einmal auszuloten.“

Die Thematiken einiger Vorträge der Konferenz besitzen auch politische Aktualität und laden

geradezu dazu ein, sich kritisch in eine Diskussion einzubringen. Wenn etwa Heidi Gottfried über „Changing the Subject: Labor Regulations and Gender (In)equality“ spricht, bietet es sich an, die Debatten um eine Beschneidung von Arbeitsrechten und ihre geschlechtlichen Auswirkungen hierzulande in die Diskussion einzubringen.

Will Boys be Boys?

Vielversprechend scheint auch der Vortrag zum Thema Männlichkeiten und Globalisierung von Robert Connell zu sein. Nicht nur, dass Robert Connell nahezu ein „Star“ im Bereich der Männerforschung ist und somit für Leute, die an dieser interessiert sind, ein Muss. Ein Blick auf den Wandel von Männlichkeiten auf globaler Ebene ist auch notwendig, um den Wandel von Geschlechterverhältnissen sowie Backlash-Tendenzen hinreichend erklären zu können.

Auch für Themen, die in Uni-Seminaren so gut wie nicht vorkommen, wie die Frauenbewegung in Russland (Elena Zdravomyslova), lohnt sicher ein Besuch der Konferenz.

Zu hoffen bleibt nur, dass bei dem straffen Programm der Konferenz auch Raum für Diskussion bleibt und nicht die Vielfalt der Ansätze, wie so oft auf großen Konferenzen, unvermittelt nebeneinander stehen bleibt.

Mona Beumers



Stellenbesetzung im Bahnhof Langendreer Das Ende einer Ära

Am 30. November endet in Bochum eine politische Ära. Reinhard Wegener geht in Rente. Er hatte vor fast zwei Jahrzehnten mit vielen MitstreiterInnen den Bahnhof Langendreer als sozio-kulturelles Zentrum erkämpft und war seitdem einer der Hauptverantwortlichen für dieses Zentrum.

Während in vielen vergleichbaren sozio-kulturellen Projekten eine rasante Anpassung an die Erwartungen der öffentlichen GeldgeberInnen stattfand, blieb der Bahnhof Langendreer ein Ort, in dem sich politische Opposition formierte. SPD/CDU haben in den letzten Jahren viele Versuche gestartet, den Bahnhof Langendreer politisch mundtot zu machen. Diese Angriffe scheiterten. Das kulturelle Angebot des Bahnhofs orientierte sich angesichts der erheblichen finanziellen Kürzungen immer stärker an den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Risiken alternativer Angebote wurden immer häufiger vermieden. Es entwickelte sich schließlich zwischen Disko, Mainstream

und Anspruch ein Programm, das auch etablierten Ansprüchen gefällt. Diese Entwicklung fand auch das Wohlwollen der Sozialdemokratie. Parallel dazu spitzte sich ein Konflikt zwischen der Kultur- und der Politik-Abteilung im Bahnhof Langendreer zu.

Was ist Sozio-Kultur?

Inhaltlich ging es hierbei um beträchtliche Differenzen im Selbstverständnis davon, was eigentlich Sozio-Kultur heißt und was das für die praktische Umsetzung bedeutet. Wie weit kann z.B. die Kommerzialisierung in der Veranstaltungs- und Disko-Planung gehen, gibt es Grenzen beim Sponsoring und in welchem Verhältnis sollten eigentlich sozial-politisches und künstlerisch-kulturelles in der Sozio-Kultur stehen? Der Konflikt eskalierte vor ca. 6 Jahren, als sich die Kulturabteilung gegen die Politikabteilung durchsetzte und dafür sorgte, dass eine der vier Stellen im Politikbereich nicht erneut besetzt bzw. gestrichen wurde. Erst nach langwierigen Gesprächen gelang es, einen

völligen Bruch zu verhindern. Die Kooperation der Beteiligten wurde auf das unerlässliche Minimum reduziert und fortan nebeneinander weitergearbeitet. Die Streichung einer weiteren Stelle bei einer gleichzeitigen personellen Stabilisierung der übrigen Bereiche des Bahnhofs führte kaum noch zu Protesten. Die Stelle für Flüchtlingsarbeit war gestrichen worden. Hierfür gab es keine starke Lobby in der Bochumer Linken. Völlig anders sieht die Situation jetzt aus. Um die Neubesetzung der Stelle von Reinhard Wegener ist erneut ein heftiger Streit entbrannt. Im Mittelpunkt der Kritik steht hierbei, dass die Verantwortlichen des Bahnhofs die Stelle nicht öffentlich ausschreiben wollen. Etliche NutzerInnen halten es für völlig inakzeptabel, dass ein soziales Zentrum es nicht als selbstverständlich ansieht, eine solche Position in einem öffentlichen und transparenten Verfahren zu besetzen.

Verfahrens- und Personalkritik

Die entscheidenden Leute im Bahnhof argumentieren, dass der Kandidat, für den sie sich entschieden haben, als Krankheitsvertretung einen so guten Eindruck gemacht hat, dass eine öffentliche Ausschreibung unnötig sei, weil ohnehin niemand anderes eine Chance hätte, ausgewählt zu werden. In einer öffentlichen Sitzung am 8.12. haben sehr viele Anwesende die mangelnde Transparenz im Bahnhof Langendreer kritisiert. Während einige ältere BesucherInnen, die den Konflikt schon länger verfolgen, sich eher zufrieden äußerten, dass die Stelle wieder mit jemandem besetzt werden soll, der einen linken Anspruch hat, überwog bei den jüngeren BahnhofsnutzerInnen ein absolutes Unverständnis darüber „wie das Ganze ausgemacht“ wurde.

Kritik wurde auch an der konkreten Personalentscheidung formuliert. Uwe Vorberg, der die Nachfolge von Reinhard Wegener antreten soll, ist Mitglied im Landesvorstand der PDS, Sprecher der Bochumer PDS und Mitglied der PDS-Fraktion im Bochumer Rat. Etliche Leute stehen Parteien insgesamt, andere Leute der PDS insbesondere, äußerst skeptisch gegenüber. Sie finden, dass auf eine solche Stelle kein Parteifunktionär und Parlamentarier gehört. Das Entscheidungsgremium des Bahnhofs hat nach der Diskussion entschieden, dass es trotz der Kritik an seinem Beschluss festhält und die Stelle nicht öffentlich ausschreibt. Wie die KritikerInnen hiermit umgehen, stand zu Redaktionsschluss der bsz noch nicht fest.

Mittwoch, 17. November

Aktionstag gegen Studiengebühren

ab 9.30 Uhr, Mautschanke auf der Uni-Brücke
16.30 Uhr Demo gegen Sozialraub und Studiengebühren, Treffpunkt Bochum Hbf

Befreiungstheologie in Lateinamerika

veranstaltet vom Arbeitskreis Lateinamerika
19 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Donnerstag, 18. November

5 Stunden sind genug!

Eine Veranstaltung der FAU Dortmund über die Möglichkeiten radikaler Arbeitszeitverkürzungen. Darwin Dante hat mit seinem bereits 1994 vorgelegten Buch „5 Stunden sind genug“ einen Entwurf einer solchen fast arbeitsfreien Gesellschaft vorgelegt, den es zu diskutieren gilt.
19 Uhr, Langer August, Braunschweiger Str. 22, Dortmund

Studienkreis Film präsentiert:

Muxmäuschenstill

D 2004, R: Marcus Mittermeier, 90 Min.
18 und 20.30 Uhr, HZO 20



Alpha Boy School, Lavavain, Ratatouille

Ska/Rock/Reggae – Soli-Konzert der Jugendorganisation Steinschleuder e.V.
19 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle

Freitag, 19. November

Five-Finger-Shuffle, SandRAKETE

anschließend Punk-Rock-Rock'n'Roll-Party
21 Uhr, Vorlesung, Laerholzstr. 80

Bio-Party

21 Uhr, HNC-Foyer

Samstag, 20. November

Für demokratische Hochschulen ohne Studiengebühren – Bildung und Demokratie sind Grundrechte!

Demo
13.30 Uhr Treffpunkt Düsseldorf Hbf
11.56 Uhr Abfahrt in Bochum Hbf

Ella y Ellos

Konzert der Humanitären Cuba Hilfe
20 Uhr, Bhf. Langendreer, studio 108

Sonntag, 21. November

Argentinien: Liebe, Tango, das Leben.

Politik und Kultur, mit Marili Machado und ArbeiterInnen der Textilfabrik Bruckmann
19 Uhr, Bhf. Langendreer, studio 108

Montag, 22. November

Stefanie Kron: Blindstellen feministischer Globalisierungskritik

Feministische Winteruni:
19.30 Uhr, Ruhr-Uni, Kulturcafé

Dienstag, 23. November

Lyrik, Dialoge, Kommentare: Armut und Arbeitslosigkeit sind ein Skandal!

Ein zeitgemäßes Kulturevent
Mit Uwe Bitzel, Jonny Bruhn-Tripp, Hanno May, Ralf Porps, Gisela Tripps
19.30 h, Bhf Langendreer, studio 108

Studienkreis Film präsentiert:
Super Size Me (OmU)

USA 2004, R + B: Morgan Spurlock, 96 Min.
18 und 20.30 Uhr, HZO 20





Für 'ne Frau ganz gut

Über die Vernichtung der Deutschen „Bomben auf Bochum“

Am 4. November 2004 widmete sich das Kolloquium des Instituts für soziale Bewegungen dem Thema „Bombennacht im Ruhrgebiet“. Anlass waren der 60. Jahrestag des heftigsten Angriffs der alliierten Bomberverbände auf Bochum sowie die Vorstellung des von der Stadtarchivarin Monika Wiborni veröffentlichten Bildbandes „Bomben auf Bochum“.

Das einleitende Referat an diesem Abend hielt der Berliner Historiker Jörg Friedrich, der mit seinem Buch „Der Brand“ bereits 2002 für Aufsehen gesorgt hat. Mit dem angekündigten Thema seines Referats „Der Bombenkrieg auf Deutschland und das Ruhrgebiet“ hatte sein Vortrag jedoch lediglich wenig gemein. Vielmehr gerierte sich Friedrich zum Chef-Ankläger der alliierten Luftkriegsstrategie und zum Geschichtsverdreher.

Eine dezidierte Fragestellung offerierte Friedrich erst gar nicht. Stattdessen begann er seinen Vortrag mit einer imaginierten Reise zum US-amerikanischen Bombentestgelände in Utah. Dort präsentierte er dem Auditorium in Kleinarbeit nachgebildete deutsche Häusertypen, die zur Erforschung neuer Brandstoffe gedient haben. Vordergründig ging es dem Berliner Referenten um die „offene Zivilisationsfrage, die uns der Blick auf die Niederwerfung Deutschlands ermöglicht.“ Damit meinte er nicht etwa die Ermordung von sechs Millionen Juden aufgrund eines antisemitischen Wahns, der auch heute noch nicht ausgestorben ist, sondern die „Büchse der Pandora“, die die Alliierten mit der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen geöffnet hätten. Tatsächlich verweist Friedrichs Vortrag auf ein ganzes anderes Interesse.

In Anlehnung an das Vokabular der Holocaustforschung und unter der Verwendung religiöser Termini („Höllenfeuer“) halluzinierte Herr Friedrich einen Vernichtungsfeldzug gegen die Deutschen herbei. Eine nicht geführte Strichliste über seine Verwendung des Wortes „Vernichtung“ wäre voluminös ausgefallen. Der „Bombers Bädcker“, eine Karte der US-Luftwaffe, die Bombenziele in Deutschland und Japan während des Kalten Krieges der ganzen

Welt aufgeführt habe, sei eine „Topographie der Vernichtung“ gewesen. Mit den unter Mithilfe von Brandschutzexperten entwickelten „Massenvernichtungswaffen“ hätten die Engländer einen „Wirbelwind der Vernichtung“ in Deutschlands Städten entfacht. Das Ziel sei gewesen „Städte als Fläche zu vernichten“. Man habe „Berechnungen angestellt, wie kann man alles Leben dort [in den deutschen Städten; M.S.] ausröten.“ Zieht man nun Friedrichs Der Brand zu Rate, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, die Massenvernichtung sei nicht das Geschäft der Deutschen, sondern das business der anglo-amerikanischen Streitkräfte gewesen. So seien zum Beispiel „in Kassel und Hamburg (...) siebzig bis achtzig Prozent der Brandopfer im Keller vergast“ worden (Der Brand, S.378). Die britische Bomber Group Nr. 5 wird kurzherd zur „Einsatzgruppe“ (S.311), als stehe dieser Begriff nicht in untrennbarem Zusammenhang mit der Vernichtung vor allem der polnischen und sowjetischen Juden hinter den Linien der deutschen Ostfront. In Hannes Heers 2004 erschienenem Buch Vom Verschwinden der Täter finden sich massenhaft solche Beispiele der sprachlichen Gleichsetzung des Bombenkriegs mit dem Holocaust. Eine sprachliche Entgleisung kann man Friedrich schwerlich unterstellen. Dafür ist er in der Geschichte des Dritten Reiches und des Holocaust (unter anderem wirkte er an Encyklopädie des Holocaust mit) all zu bewandert. Dies lässt im Grunde nur den Schluss zu, dass Friedrich mit voller Absicht die sprachliche Nähe zum Holocaust sucht. Da in seinem Vortrag vor Bochumer Publikum der Holocaust keinerlei Erwähnung fand, die Massenvernichtungsabsichten gerade der Engländer aber immer wieder betont wurden, stellt sich mithin eine Umkehrung der historischen Gegebenheiten ein: In Friedrichs Diktion ist der Tod keineswegs ein Meister aus Deutschland, sondern (vor allem) aus England.

Friedrichs Behauptung, der Bombenkrieg sei weitestgehend nutzlos gewesen, ist einer der Hauptpfeiler in der Argumentation seines Vortrags. Die angloamerikanischen Streitkräfte hätten in den letzten Monaten des Krieges die Bombenangriffe auf deutsche Städte l'art pour l'art durchgeführt. Man habe deutsche Städte lediglich als „Lebensversuch“ für die Effizienz der entwickelten Bomben und Strategie betrachtet.

Richard Overy, ein britischer Militärhistoriker, weist Friedrichs Annahme, der

Bombenkrieg sei militärisch sinnlos gewesen, rundherum zurück. Zweifelssohne wurden „die deutschen Kriegsanstrengungen durch die Bomben massiv beeinträchtigt“ (Stern, 18.12.2002). Zunehmend seien der Front Flugzeuge und Luftabwehrwaffen entzogen wurden, um die Verteidigung deutscher Städte zu organisieren. Die Versorgung der deutschen Bodentruppen mit Material aller Art sei zurückgegangen. Im Gegensatz zu den Deutschen, die die Vernichtung des europäischen Judentums um ihrer selbst Willen betrieben, verfolgten die Alliierten keine Strategie des Massenmords. Ihr vorrangiges Ziel, das sie nicht aus den Augen verloren, war die Niederringung Deutschlands und die gleichzeitige Minimierung ihrer eigenen Verluste.

Dass der Einsatz von Bomben den Krieg „barbarischer“ machte, gesteht auch Overy ein. Das Miterleben der Bombenangriffe, vor allem in der Nacht, war sicherlich ein schreckliches Erlebnis für die einzelnen Betroffenen. Doch Leid als solches ist eine individuelle Kategorie. Viele Deutsche erinnern die Luftangriffe als ihre persönliche „Hölle“, weil ihnen größtenteils nichts Schlimmeres widerfahren ist. Die amerikanische Historikerin Marion Kaplan führt in einer Studie über jüdisches Leben in Nazideutschland hingegen an, „Juden (...) verliehen den Luftangriffen weder während des Krieges noch danach allzu großes Gewicht. Sie fürchteten die Gestapo weit mehr.“ Stattdessen war es „für die Juden (...) wichtig, daß die Luftangriffe hoffen ließen.“

Letztlich steht einer individuellen Erinnerung der Menschen an ihre Familienangehörigen oder Freunde, die bei einem der vielen Bombenangriffe ums Leben kamen, natürlich nichts entgegen. Wer wollte ihnen das verdenken? Eine Erinnerung an den Bombenkrieg allerdings wie sie Friedrich in der „Leideform“ (Der Brand, S.543) produziert, in dem die durch das NS-Regime und seine zahlreichen Anhänger Verfolgten und Ermordeten unter den Tisch fallen und letztendlich die Deutschen zum massakrierten „Volk“ transformieren ist, schlichtweg unerträglich.

Marius Schiffer

Es gibt Boy-Groups und es gibt Girlie-Bands. Und dazwischen? Die Rollenverteilung in der Rockmusik scheint klar: In einer Band zu spielen ist überwiegend Männersache und so gelten die MusikerInnen einer Gruppe grundsätzlich erstmal als männlich, bis CD-Cover, Zeitschriftenartikel oder was auch immer gezielt darauf hinweisen, dass da (auch) Frauen am Werke sind. Wenn sich dann herausstellt, dass es ja gar keine Jungs sind, die da am Bass stehen, die Drum-Sticks schwingen oder Gitarre spielen, ruft das Verwunderung hervor.

Es sei denn, es handelt sich sehr explizit um sogenannte Frauenbands wie beispielsweise Hole oder L7. Die dürfen das und haben Exotenstatus, böse Menschen sprechen auch vom „Tittenbonus“. Warum gehen eigentlich alle Menschen davon aus, dass man es besonders betonen muss, wenn Frauen Mitglieder einer Band sind?

Nicht, dass Frauen nicht ebenso rocken könnten, aber akzeptiert werden sie am ehesten dann, wenn sie zumindest auch eine dekorative Funktion erfüllen. Auf die Rolle als Tänzerin oder Backgroundsängerin sind Frauen geradezu abonniert.



Singen beispielsweise ist auch okay, das traut man Frauen problemlos zu. Singen und ein Instrument spielen ist schon für Fortgeschrittene und muss – so scheint's – in Plattenbesprechungen und Konzertankündigungen besonders erwähnt werden.

Wichtig ist auch das Aussehen der Musikerin. Während sich für Lemmys Warzen oder den Bierbauch von Dingsen, der mal bei den H-Blocks gesungen hat, niemand interessiert, ist das Äußere der Musikerin immer eine Erwähnung wert – schließlich erwartet man tendenziell nicht, dass sie das jeweilige Instrument so gut spielt wie ein männlicher Kollege das könnte; daher soll sie wenigstens hübsch sein.

Und dies gilt ganz besonders dann, wenn es um Rockmusik geht. Zu Frauen scheint das oftmals stilisierte Bild des Rock'n'Rollers offensichtlich nicht zu passen. Vielleicht ist es gerade deswegen so schwer, als Frau in der Musikszene Fuß zu fassen, ohne ständig einen imaginären Pfeil auf den Kopf gerichtet zu haben, neben dem sich die Sprechblase auftut: „Guckt mal, die ist gar nicht so schlecht für ihr Geschlecht.“

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Markus Brüne, Sven Ellmers, Jochen Kreusch, Jonas Spiegel
Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Thilo Machotta (mac), Jan Reinecke (J.R.), Maria Schulte (mc), Verena Witte (vw)
V.i.S.d.P.: Daniel Kloda (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26712; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

SPEISEPLAN

Gültig für die Woche vom Mi 17.11.2004 - Di 23.11.2004



Q-WEST, HZO, GB-RONDELL			ANGEBOTE DER CAFETERIEN	
STANDARD / VEGETARISCHE ALTERNATIVE / PANNENGERICHT / TAGES-TIP / NUDEL- / SALATTHEKE			WARMER SNACKS IN GA, GB, NA, NC, SH	KALTE SNACKS & BRÖTCHEN
MITTWOCH	KASSELERBRATEN mit Erbsen-Suppentopf(S) Fleischwurst mit Kartoffelsalat	NUDELPANNE mit Hühnerfleisch mit Bohnensalat in Joghurt	SEELACHS mit Remouladen-Dip, Kartoffelsalat Rahmgurkensalat	JEWELS AB 10:30 UHR Vitalbrötchen mit Camembert 1,20€
	RINDERHACKSTEAK mit Paprika-Senfsoße, Rahmgurkensalat Scheiben-Kartoffeln (V)	GEFÜLLTE KARTOFFELTASCHEN mit Tomatensoße, Sommergemüse und Vollkornnudeln	(V) MÖHRENTOPF mit (S) Party-Frikadellen	RINDERGESCHNETZELT mit Bohnensalat und Makkaroni 1,50€ Dönerstange... mit Feta 1,50€ ...mit Hähnchen 1,50€
FREITAG	FISCH-SCHLEMMERFILET mit Dillsoße, Fingermöhrengemüse und Zartweizen	(V) BLÄTTERTEIGROLLE MIT RATATOUILLE mit Knoblauchsoße, Salat und Vollkornspaghetti	KREOLISCHE REISPFANNE mit Tomaten-Zwiebelsalat	HÜHNERFLEISCH RAGOUT mit Erbsen und Reis-Risotto 1,20€ Laugenstange „Cordon Bleu“ 1,40€ Sesambrotchen mit Backfisch 1,40€
MONTAG	HACKFLEISCH-SPIESS mit Pustasoße, Blumenkohl und Kartoffelecken	VEG. WIRSINGROULADE mit Bratensoße mit Kümmel, Salat und Püree	ERBSEN-SUPPENTOPF mit Speck (S) Bockwurst	Pizza Bagle mit Thunfisch 1,60€ Mini-Baguettes mit Tofu 1,60€
DIENSTAG	(S) SCHWEINERÜCKENSTEAK HOLLÄNDISCHE ART mit Soße, Kaisergemüse und Farfalle Nudeln	(V) VEGETARISCHES CORDON BLEU mit Tomatenrahmsoße, Salat und Reis	(V) VEGETARISCHE ASIATISCHE REISPFANNE mit Asiasalat	(S) GRILLBRATWURST mit Curryketchupsoße, Kartoffelpüree Krautsalat 1,60€ Joggingbrötchen mit Lachs 1,60€ Tagessuppe im täglichen Wechsel in Essschälchen (verzehrbare) 1,00€

Zugelassene Zusatzstoffe: (1) mit Konservierungsstoff, (2) mit Antioxidationsmittel, (3) mit Farbstoff, (4) geschwefelt, (5) geschwärzt, (6) mit Phosphat, (7) mit Milcheiweiß, (8) mit Süßungsmittel, (9) mit Geschmacksverstärker, (10) enthält eine Phenylalaninquelle, (11) gewachst, (S) Schweinefleisch, (R) Rindfleisch, (A) Alkalohol